

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2013
DER NÖTIGE
WEITBLICK ZUR
BUNDESTAGSWAHL

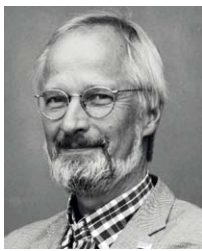


Den Fuß von der Bremse nehmen. Die deutsche und europäische Klimapolitik braucht neuen Schwung. Seite 2

Interview mit dem Klimaforscher Carlo C. Jaeger: Wege aus EU- und Klimakrise. Seite 3

Wirtschaft und Menschenrechte: Deutschland verpasst den Anschluss. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, Lieber Leser,

warum überhaupt wählen, was ändert das schon? Was können wir angesichts einer globalisierten Wirtschaft und einer Politik, die Entscheidungen als „alternativlos“ erklärt, überhaupt ausrichten?

Demokratie lebt davon, dass die von Entscheidungen Betroffenen diese beeinflussen können. Und sie lebt von öffentlichen Debatten, bei denen sich letztlich die besseren Argumente durchsetzen. Wir erleben in Deutschland einen Wahlkampf, der der Debatte über die großen Herausforderungen unserer Zeit angstvoll ausweicht. Wir erleben in Ägypten in aller erschütternden, aber auch aufrüttelnden Deutlichkeit, wie zunächst eine Muslimbrüderschaft den Stimmzettel nutzte, um Debatten zu unterbinden. Und wie das Militär schließlich den weit verbreiteten Ärger darüber nutzte, um mit brutaler Gewalt die gewählte Regierung zu stürzen. Aber die Entwicklung seit dem arabischen Frühling zeigt auch: Die Idee der Demokratie ist quicklebendig.

Haben wir Parteien, die uns nicht überzeugen, sondern überreden wollen? Haben wir aufgeklärte Wähler, die dieses Spiel durch Engagement und letztlich auf dem Wahlzettel durchkreuzen? Wie sieht in Zeiten des Internets eine „richtige“ Demokratie mit Partizipation bei grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungen aus? Diese Zeitung will ein paar Antworten beitragen zu den Themen, die uns als Germanwatch unter den Nägeln brennen, und Sie ermuntern: Mischen Sie sich ein – und gehen Sie wählen!

In dem Sinne grüßt Sie

Ihr Klaus Milke

Wahlkampf jenseits der Talkshows

Es geht um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Der Wahlkampf plätschert vor sich hin. Keiner hat den Mut, die zentralen Fragen zu beantworten, die ganz viele BürgerInnen in Deutschland und der EU umtreiben:

- Wie sieht eine zukunftsfähige Perspektive für die EU aus? Ohne grundlegend neue Initiativen drohen Europa in diesem Jahrzehnt hohe Arbeitslosigkeit, große regionale und soziale Ungleichheit und Wirtschaftsstagnation.

- Lässt sich angesichts von globaler Klima-, Ernährungs- und Rohstoffkrise eine Perspektive der Nachhaltigkeit entwickeln und das Friedensprojekt EU angesichts der heute drängenden Herausforderungen erneuern?

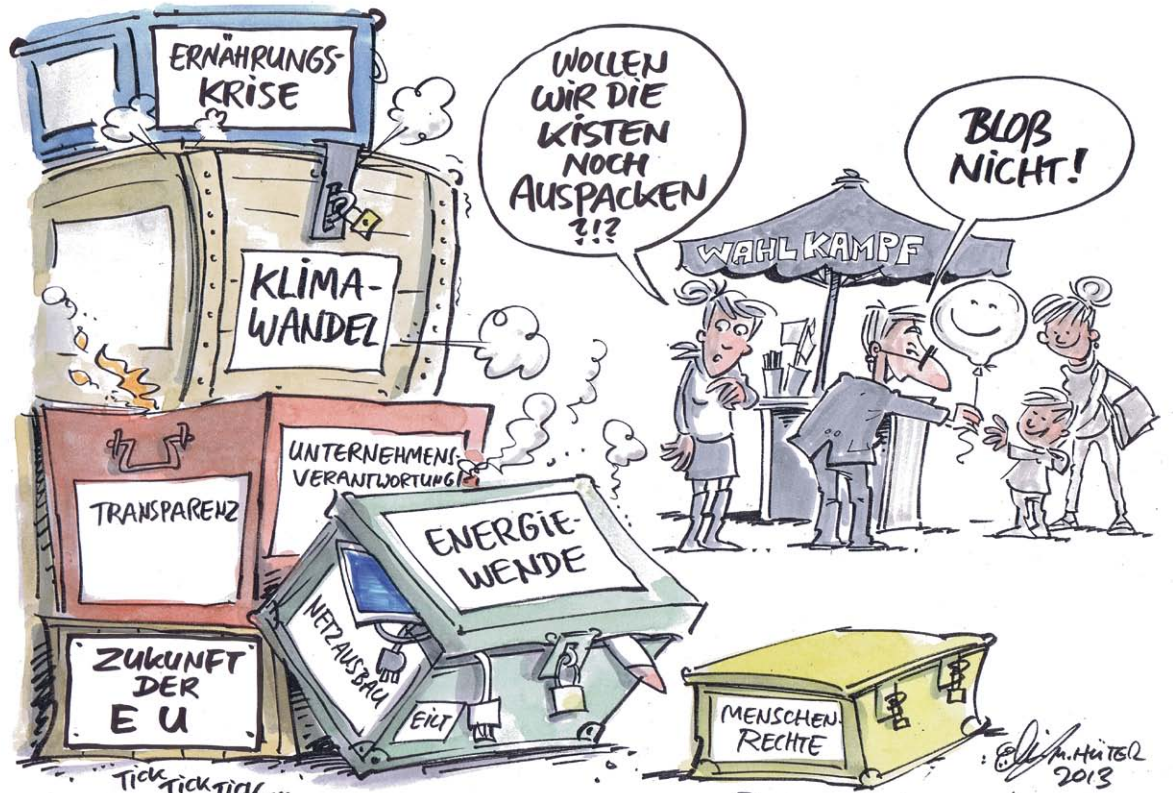
- Menschen suchen in vielen EU-Staaten händierend nach Arbeit, Kapital sucht nach Investitionsmöglichkeiten. Lässt sich ein Rahmen setzen, der Investitionen ermöglicht und Arbeitsplätze schafft für die notwendige Transformation unseres Energie- und Verkehrssystems? Oder konkreter: Wie kann es gelingen, existierende und neu zu kanalisierende Finanzströme so in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu lenken, dass daraus neuer Schwung entsteht?

Ist die neue Bundesregierung in der Lage, diese Herausforderung in Angriff zu nehmen? Bisher werden im Wahlkampf zentrale Zukunftsherausforderungen an den Rand gedrängt.

- Beispiel EU-Klimapolitik:** Die deutsche Regierung ist in den letzten beiden Jahren zunehmend vom Vorreiter zum Bremser geworden. Die notwendige Erhöhung der EU-Klimaziele auf 30 % bis 2020, die Reparatur des EU-Emissionshandels, die Verschärfung der stockenden Energieeffizienzrichtlinie – in allen drei Fällen erwies sich die deutsche Regierung als nicht handlungsfähig. Handlungsfähig war sie aber plötzlich, als es darum ging, den schon besiegelten Kompromiss zwischen Ministerrat und Europaparlament zu verschärfen. Wird die neue Bundesregierung ihren Beitrag leisten, die notwendigen Klima- und Energieziele für 2030 auf EU-Ebene durchzusetzen? (Siehe Artikel Seite 2)

- Beispiel Unternehmen und Menschenrechte:** Die EU-Kommission hat die EU-Staaten vor fast zwei Jahren aufgefordert, Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu erarbeiten. Diese könnten die Unsitte eindämmen, dass Unternehmen unverträgliche Arbeitsbedingungen, massive Umweltschäden oder Vertreibungen von Menschen in ihren Lieferketten in Kauf nehmen. Großbritannien und die Niederlande haben solche Aktionspläne schon erarbeitet, Spanien und Dänemark entwickeln sie gerade. Hier ist die neue Bundesregierung ebenso gefragt wie dabei, die deutsche Blockade gegenüber der EU-Initiative für mehr soziale und ökologische Transparenz aufzugeben. (Siehe Seite 4)

- Beispiel EU-Landwirtschaftspolitik:** Die im Sommer vereinbarte Reform bindet jetzt zwar die Direktzahlungen für Landwirte – mehr als drei Viertel der Subventionen – an ökologische Kriterien. Doch diese sind so weichgespült, dass sich für die meisten Betriebe kaum etwas ändert. Vor allem aber spielte die EU den Ball den Mitgliedstaaten zu. Diese – also



auch Deutschland – können nun entscheiden, ob sie die deutlichen Kürzungen des Topfes, aus dem auch Öko-Betriebe und Umweltaußnahmen gefördert werden, ausgleichen. Die deutsche Regierung hat es nun in der Hand, ob die Direktzahlungen verstärkt an kleinere Betriebe fließen. Und ob sie die Förderung für Stallneubauten so regelt, dass sie ein Signal gegen die industrielle „Tierproduktion“ setzt. (Siehe Seite 2)

- Beispiel Entwicklungsfinanzierung:** Entwicklungsminister Dirk Niebel hat kürzlich offen angekündigt, das 0,7 %-Ziel für Gelder der Entwicklungszusammenarbeit müsse hinterfragt werden. Er benutzt dabei das Scheinargument, Qualität sei wichtiger als Quantität – als bräuchte Entwicklungspolitik nicht beides. Die neue Bundesregierung sollte das Ziel, dessen Umsetzung und deren Qualität im Blick haben. (Siehe Seite 3)

Durch die Perspektivlosigkeit, auf diese Probleme zu reagieren, verlieren viele Institutionen in Deutschland und der EU an Legitimität und Handlungsfähigkeit. Viele Akteure sind schwer zu sensibilisieren für die Welt jenseits der Talkshows. Umso mehr ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft, die brennenden Themen auf die Agenda des Wahlkampfes zu setzen.

Legitimität entsteht einerseits durch Wahlen. Andererseits entsteht sie durch öffentliche Debatten, in denen die Argumente aufeinanderprallen. So lassen sich im besten Fall Lernprozesse auf allen Seiten anstoßen, auf dass sich schließlich die besten Argumente durchsetzen.

Viele Medien kommen immer weniger ihrer Aufgabe nach, solche Debatten zu organisieren, Argumente herauszuarbeiten, zu kritisieren. Stattdessen treiben sie eine neue Sau nach der anderen durch das Dorf. Jedes komplexe Argument wird auf Sekundenhappchen zurechtgestutzt – Bonmots statt politische Substanz. Schaukämpfe statt ernsthafte Debatten. Und wo diese doch mal vorkommen, werden sie als Streit denunziert.

Mut macht hingegen, wie viele Menschen nach intelligenten Antworten auf diese Herausforderungen suchen. Die einen nehmen die Energie-wende in Energiegenossenschaften selbst in die Hand. Andere bilden innovative Allianzen von NGOs, Gewerkschaften, Kirchen und Unternehmen, um politische oder gesellschaftliche Blockaden zu brechen. Wieder andere entwickeln

Initiativen mit jungen Menschen in Südeuropa, die um ihre Perspektive betrogen werden.

Mut machen auch ParlamentarierInnen, die sich dafür einsetzen, dass die Verursacher der Finanzkrise bzw. des Klimawandels endlich ihren Beitrag zur Lösung der Probleme leisten müssen. PolitikerInnen, die darum ringen, dass die Finanztransaktionssteuer nicht durch Schlupflöcher schrumpft und Erträge für Armutsbekämpfung und Klimaschutz genutzt werden. Oder Abgeordnete, die sich für einen EU-Emissionshandel einsetzen, der durch Verknappung von CO₂-Zertifikaten echten Klimaschutz garantiert, gleichzeitig endlich wieder Investitionen antreibt und nach dem Verursacherprinzip auch Geld für Klimaschutz und -anpassung generiert. PolitikerInnen, die sich – trotz aller widrigen Umstände – für eine nachhaltige und handlungsfähige EU, für ein zukunftsfähiges Deutschland einsetzen. Genau diese wählen wir!

Christoph Bals

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Jens Plambeck,
600. Mitglied von
Germanwatch e.V.

„Zugang zu Energie ist Lebens- und somit Menschenrecht. Nachhaltige Energie allen Menschen zur Verfügung zu stellen ist eine Herausforderung. Viele Dimensionen sind abzuwägen: Es ist klar, dass fossile Energieträger früher oder später versiegen werden und zugleich ihre Förderung risikobehafteter wird.“

Auf der anderen Seite bietet uns die Atmosphäre nur eine begrenzte Kapazität, wenn die Erderwärmung nicht ausufern soll. Nuklearenergie wurde durch die Industrialisation Japan mit Fukushima endgültig entzaubert. Biomasse steht im Konflikt zu Bodennutzung, Biodiversität und vor allem Lebensmittelanbau. Bei all diesen Dimensionen und Abwägungen ist ein fachlich versierter Lotse nötig. Als solchen sehe ich Germanwatch.“

Den Fuß von der Bremse nehmen

Die deutsche und europäische Klimapolitik braucht neuen Schwung

Viele im In- und Ausland mussten sich erst an die neue Rolle gewöhnen: Deutschland als Klimabremser. Die deutsche Regierung war sich oft nicht einig und blockierte damit Fortschritte in der EU, ob es darum ging, die EU-Klimaziele für 2020 von 20 auf 30% CO₂-Reduktion gegenüber 1990 anzuheben, den wirkungslos gewordenen EU-Emissionshandel zu reformieren oder eine verschärfte EU-Energieeffizienzrichtlinie einzuführen.

Kann die neue Bundesregierung hier neue Akzente setzen? Einerseits geht es um die liegegebliebenen Hausaufgaben: das EU-Klimaziel von 20 auf 30% bis 2020 anzuheben und – eng damit verknüpft – den EU-Emissionshandel schnell und wirkungsvoll zu reformieren.

►►► Ein nationales Klimaschutzgesetz mit folgenden Zielen verabschieden: -40 % CO₂ bis 2020 und -95 % bis 2050.

Andererseits geht es darum, in den kommenden Monaten den Rahmen für den Klimaschutz bis 2030 festzuklopfen. Die BürgerInnen wollen wissen, dass ihre Zukunft nicht verheizt wird. Unternehmen wollen Investitionssicherheit, ArbeitnehmerInnen zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Wichtig sind auf EU-Ebene dafür verbindliche Klimaziele von 55% oder mindestens 50% CO₂-Reduktion gegenüber 1990. In Deutschland geht es darum, ein Klimaschutzgesetz mit folgenden Reduktionszielen zu verabschieden: -40% bis 2020, -60% bis 2030, -80% bis 2040 und -95% bis 2050 (verglichen mit 1990). Darüber hinaus sollte es auch konkrete Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung in den klimarelevanten Sektoren (z. B. Landwirtschaft, Industrie, Haushalte, Verkehr) enthalten.

Ohne zusätzliche verbindliche Erneuerbare-Energien-Ziele von 45 oder mindestens 40% auf EU-Ebene scheidet der Versuch, die deutsche Energiewende gemeinsam mit den europäischen Partnern umzusetzen. Während in Deutschland Erneuerbare Energien ausgebaut werden, könnten sonst andere Mitgliedstaaten auch weiterhin

auf Atomreaktoren und fossile Kraftwerke setzen, deren Emissionen ins Erdreich verpresst werden müssten. Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle hängen an Investitionssicherheit durch klare Rahmenseetzungen. Verbindliche Energieeinsparziele – wir fordern eine Reduktion des Energieverbrauchs um 35 bzw. mindestens 30% gegenüber 2005 – sorgen dafür, dass die Energiewende bezahlbar bleibt und nicht unnötig Anlagen zur Stromproduktion gebaut werden.

Die Politik der Bundesregierung bei der Umsetzung der Energiewende ergibt ein gemischtes Bild. Es gibt mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung beim Aus- und Umbau der Stromnetze. Doch bei der Energieeffizienz sind die zugesagten Fortschritte ausgeblieben. Die Erneuerbaren Energien wachsen hingegen sogar etwas schneller als erwartet. Ihr Anteil am Stromverbrauch stieg in Deutschland 2013 auf knapp 25%, während der Anteil von Atomstrom seit 2010 von 22,4 auf 16,1% gesunken ist. Fukushima und die jahrzehntelange Mischung von Protest und Initiativen machten der Bundesregierung Beine. Bei Gegenwind strich sie dagegen schnell die

►►► Verbindliche EU-Klima- und Energieziele für 2030 durchsetzen:
55 % CO₂-Reduktion,
45 % Erneuerbare Energien,
35 % Energieeinsparung.

Segel. Auf die Diskussion um steigende Stromkosten reagierte sie mit vorschnellem Aktionismus und nachhaltiger Verunsicherung der Investoren statt mit kühlem Kopf und sozialpolitischem Gewissen. Die nun anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und ein neues Strommarktdesign müssen sich an dem Ziel orientieren, bis 2050 nahezu 100% des Stroms durch Erneuerbare Energien zu erzeugen. Auch gilt es, die Beteiligung der BürgerInnen, z. B. im Rahmen von Energiegenossenschaften, sicherzustellen. Im Personenverkehr sind die Weichen dafür zu stellen, dass bis Mitte des Jahrhunderts die Hälfte des Verkehrsaufkommens durch einen intelligenten Mix von öffentlichem Verkehr, Fahrrad, Fußwegen, Car-Sharing oder anderen neuen Mobilitätskonzepten geleistet werden kann.

Katja Rottmann, Jan Burck

Zurück zur Vorreiterrolle?

Deutschlands Bremsen im internationalen Klimaschutz irritiert weltweit

Nach wie vor steuert die Welt ungebremst auf einen gefährlichen Klimawandel zu. Dieser droht vor allem den ärmsten Menschen und Ländern weltweit ihre Lebensgrundlage zu entziehen und im wahrsten Sinne des Wortes zu versenken, zum Beispiel durch den Meeresspiegelanstieg. Die Zeit, die schlimmsten Gefahren noch abzuwenden, wird knapper.

►►► Einen klaren Fahrplan für den Aufwuchs des deutschen Beitrags zur internationalen Klimafinanzierung vorlegen.

notwendige Transformation sowie Anpassung in den Entwicklungs- und Schwellenländern beschleunigen. Die Entwicklungsländer erwarten einen konkreten Plan, in welchen Schritten sich die Industrieländer den für 2020 zugesagten 100 Mrd. US-Dollar jährlich annähern wollen. Deutschland sollte dafür auch innovative Instrumente nutzen, wie z. B. die Finanztransaktionssteuer oder die Bepreisung von Flug- und Schiffsverkehr. Dem Green Climate Fund für transformativen Klimaschutz und Anpassung ist möglichst schnell von der Staatengemeinschaft ein zweistelliger Milliardenbetrag zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt sollte eine effektive und in der EU gut abgestimmte Klimaaußenpolitik den Verhandlungsprozess begleiten.

Während der nächsten Legislaturperiode der deutschen Regierung erlebt die internationale Klimapolitik einen wichtigen Wendepunkt. Bis 2015 gilt es, ein neues umfassendes Klima-Abkommen zu verabschieden, mit Verpflichtungen für alle Länder ab 2020. Es gab durchaus wichtige Fortschritte auf dem Klimaparkett, auf denen sich aufbauen lässt. Viele Länder, allen voran die Entwicklungs- und Schwellenländer, haben wichtige Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen. Doch von der notwendigen Ambition, um den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 °C zu begrenzen, ist die Welt noch weit entfernt.

Die neue Bundesregierung muss sich schnell aufstellen. Bereits ab dem 11. November trifft sich die Weltgemeinschaft im polnischen Warschau zum nächsten Weltklimagipfel, der das internationale Abkommen vorbereiten soll. Der Klimagipfel 2015 wird in Paris stattfinden. Die EU spielt also eine zentrale Rolle in diesem Prozess.

Es wäre Politikversagen, wenn die nächste Bundesregierung sich den Erfolg der internationalen Klimapolitik nicht als ein zentrales Ziel setzt. Ohne ernsthaftes Handeln zu Hause, das in ein langfristiges, ambitioniertes Klimaschutzgesetz mündet, kann Deutschland immer weniger als glaubwürdiger Verhandler auftreten. Großbritannien und einige Entwicklungsländer haben es vorgemacht und langfristige Klimaschutzziele rechtlich verbindlich verankert. Ein Knackpunkt auf dem Weg zu einem ambitionierten Abkommen ist die Bereitstellung angemessener internationaler Klimafinanzierung durch die Industrieländer, wie beim Klimagipfel 2009 in Kopenhagen versprochen. Nur so lässt sich die

Zunächst gab die schwarz-gelbe Regierung in dieser Legislaturperiode durchaus wichtige Impulse. Nach dem weitestgehenden Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen half Deutschland durch die Etablierung der jährlichen Petersberger Klimadialoge, den Gesprächsfaden zwischen den Regierungen nicht abreißen zu lassen. Deutschland hat zudem seine Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung in den letzten Jahren erhöht, allerdings zunehmend auf Kosten der sonstigen Entwicklungsfinanzierung.

►►► Deutschland wieder zu einem Motor für den Erfolg der internationalen Klimapolitik machen.

In den letzten zwei Jahren fällt die Bilanz jedoch zunehmend negativer aus. Vonseiten der Bundeskanzlerin fehlt jedes Signal, der aktiven Bremsenrolle des Wirtschaftsministers entgegenzutreten. Das galt insbesondere im Streit um die Reform des EU-Emissionshandels. Gerade auch wegen der jetzt fehlenden Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel sollen nach den jüngsten Vorschlägen der Regierung die Mittel für die internationale Klimafinanzierung drastisch zusammengestrichen werden. Wenn die zukünftigen Regierungsparteien in den Koalitionsvereinbarungen keine anderen Signale setzen, steht Deutschland international zunehmend als Klimabremser da.

Sven Harmeling



„Klimapolitik? Was war das noch mal?“

Die reformierte EU-Agrarpolitik gibt Spielraum zum Umsteuern

Auf die nationale Umsetzung kommt es nun an

Die Einigung von EU-Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament über eine „grünere und gerechtere“ Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist im besten Fall durchwachsen. Zwar werden nach der Einigung vom Sommer 2013 die Direktzahlungen an die Landwirte, die über drei Viertel der Subventionen ausmachen, erstmals an ökologische Kriterien geknüpft. Doch diese sind so schwach formuliert, dass sich für die meisten Betriebe kaum etwas ändern wird.

Zugleich delegierte die EU entscheidende Weichenstellungen für eine nachhaltige Agrarpolitik der nächsten sieben Jahre an die Regierungen der Mitgliedstaaten. So wurde zwar der Fonds für ländliche Entwicklung, der auch den ökologischen Landbau und Umweltmaßnahmen mitfinanziert, drastisch gekürzt – für Deutschland um etwa ein Viertel. Doch könnte die deutsche Regierung dies nun mehr als kompensieren, indem sie bis zu 15% der Mittel für Direktzahlungen an Landwirte in diesen Fonds umschichtet.

Zugleich könnte sie die Direktzahlungen stärker für kleinere Betriebe einsetzen und mit bis zu 30% davon die Zahlungen für die „ersten“ bis zu 48 Hektar jedes Betriebs aufstocken. Davon würden in Deutschland bis zu 90% der kleineren und mittleren Betriebe profitieren. Verlierer wären jene 10% Großbetriebe, die oft mit minimalem Arbeitseinsatz 55% der Agrarflächen in Deutschland bewirtschaften. Der Strukturwandel zu rationalisierten und

immer größeren Betrieben könnte so wirksam gebremst werden.

Die nationale Umsetzung ermöglicht es auch, die wachsenden Probleme der industriellen Tierhaltung anzupacken. Drei Viertel der klimarelevanten Emissionen der deutschen Landwirtschaft stammen aus der Tierhaltung – wenn man die Emissionen für den Futtermittelanbau berücksichtigt. Die für den Anbau importierter Futtermittel benötigte Fläche steht in Entwicklungsländern zunehmend in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und ist ein Treiber für die Zerstörung wertvoller Ökosysteme. Vor Ort belastet intensive Tierhaltung oft Gewässer durch Nährstoffe aus der Gülle. Die Bundesregierung kann nun eine Trendwende einleiten, indem sie Stallneubauten, die weiterer Kapazitätssteigerung dienen, nicht mehr fördert und

►►► Tierhaltung den lokalen ökologischen Grenzen anpassen.

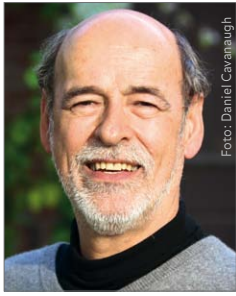
regionale Auflagen gegen Umwelt- und Gesundheitseffekte verschärft sowie konsequent durchsetzt. Zudem kann sie einen Teil der Direktzahlungen für besonders umweltfreundliche Tierhaltungsformen wie Weidehaltung nutzen.

Tobias Reichert

Wege aus EU- und Klimakrise

Interview mit dem Ökonomen Carlo C. Jaeger

Die EU befindet sich in einer fundamentalen Krise. Zugleich steht sie vor der Herausforderung, die Transformation des Energie- und Verkehrssystems auch aus Gründen des Klimaschutzes anzugehen. Kann sie diese Herausforderungen gemeinsam anpacken?



Mangel an Ideen, viel Flickwerk ohne Perspektive, als die Finanzkrise über Europa hineinbrach. Es ist schwierig, daraus neue Orientierung zu schöpfen.

Warum greift keine der Parteien das Thema im Wahlkampf auf?

Ich denke schon. Die Krise Europas ist sowohl eine des Währungsverbundes, des Euro, als auch eine tiefer liegende Krise der Legitimation des politischen Apparates. Diese zwei Krisen schaukeln sich hoch. Populistische anti-europäische Lösungsvorschläge lenken von den notwendigen Lösungsansätzen ab. Wir bräuchten eine Perspektive, in der EU nachhaltige Lebensformen zu finden. Beispiel Stadtentwicklung: Wie sehen lebenswerte Städte aus, in denen nicht mehr Unmengen von fossiler Energie verbrannt werden?

Aufgabe der EU ist es jetzt, für solche nachhaltigen Lebensformen in Infrastrukturen zu investieren und so die in Teilen Europas brachliegende Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Und zugleich geht es darum, durch ein anregendes, gemeinsames Zukunftsbild auch wieder eine Verbindung der Bürger herzustellen. Diese bröckelt gegenwärtig.

Warum ergreifen weder die politischen Kräfte noch die Wirtschaft die Initiative dazu?

Die Wirtschaft ist noch sehr stark national aufgestellt. Sie kämpft etwa darum, den Finanzplatz London oder den Autoplatz Deutschland zu erhalten. Die Politik hat wenige zukunftsweisende Ideen entwickelt. Es gab in ganz Europa einen

Es gab in Deutschland – anders als etwa in Bezug auf Atomkraft – keine umfassende öffentliche Debatte über Finanzmärkte und Nachhaltigkeit. Das macht es schwierig, plötzlich das Kaninchen aus dem Hut zu ziehen. Seit langem wurde eine ernsthafte EU-Debatte verschlafen, dafür zahlen wir jetzt einen Preis. Vielleicht sind jetzt, wie Jürgen Habermas sagt, auch einzelne Personen gefragt. Ich kann zwar verstehen, wenn Leute sagen: es hat gar keinen Sinn mehr zu wählen. Aber das wäre das Fatalste, was man machen kann.

Im Moment wählen wir aber, ohne diese grundlegenden Fragen diskutiert zu haben.

Es ist ein verbreiteter Irrtum zu denken, Demokratie heiße lediglich, in regelmäßigen Abständen wählen zu gehen. Bei einer demokratischen Wahl soll das Fazit einer breiten öffentlichen Diskussion gezogen werden. Umgekehrt wäre es aber sehr merkwürdig, wenn man wegen fehlender Diskussion nicht wählen würde. Vielmehr müssen wir von unten her solche Diskussionen anstoßen. Das ist die Stunde der Zivilgesellschaft.

Die von Ihnen geforderten Investitionen bedeuten einen weiteren Wachstumsschub.

Raus aus der Kuschelecke

Bildung für nachhaltige Entwicklung braucht neue Ernsthaftigkeit

Wir wissen viel über Menschenrechtsverletzungen, Armut und Umweltprobleme auf diesem Planeten. **Bildung** für nachhaltige Entwicklung geht aber über Wissenserwerb weit hinaus: Was geht uns so unter die Haut, was begeistert uns so, dass wir uns mit diesem Wissen auch tatsächlich verändern? Wie können wir uns und unsere Lebensräume so gestalten, dass wir dabei die globalen Zusammenhänge, die Verlierer der Globalisierung und die Hauptbetroffenen des Klimawandels nicht aus dem Blick verlieren? Wie können wir gemeinsam mit anderen auch relevante Veränderungen in unserem Umfeld, in der Gesellschaft anstoßen?

Nachhaltigkeit kommt in jedem (Unternehmens-)Bericht und jedem Parteiprogramm vor, doch fehlt darin oft die ernsthafte Abkehr von fossilen Energieträgern, von nicht geschlossenen Stoffkreisläufen, strukturellen Ungerechtigkeiten und den entsprechenden nicht-nachhaltigen Geschäftsmodellen.

►►► **Bildung und Forschung für eine Große Transformation hin zu einer klimaverträglichen Gesellschaft fördern.**

Es bedarf einer **Entwicklung** unserer Lebensstile auf diesem vernetzten Globus, kulturell verschieden von Freiheit und Verantwortung geprägt, die dabei die planetaren Grenzen ebenso wie die persönlichen und sozialen Menschenrechte im Blick hat. Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass sie genug haben, im doppelten Wortsinn. Aber eine Alternative zum Wachstumsmodell ist nur in Ansätzen in Sicht. Bisher war Wachstum die Antwort schlechthin auf die Frage nach sozialem Frieden – besonders in einer Welt mit wachsender Bevölkerung. Wenn der Kuchen wächst, können alle – wenn

auch in unterschiedlichem Maße – mehr bekommen. Wächst er nicht mehr, spitzen sich die Verteilungskämpfe zu. Wie kann mit Alternativen experimentiert werden? Ermutigend eröffnet Bildung für nachhaltige Entwicklung den Blick auf eine gerechtere Zukunft und zeigt Aktionsräume für jede und jeden Einzelnen auf.

►►► **Bildung für Nachhaltige Entwicklung strukturell in Aus- und Weiterbildung verankern.**

Hier liegt die Herausforderung für die neue Bundesregierung. Es reicht nicht, Hochglanzbroschüren zu Bildung für nachhaltige Entwicklung aufzulegen. Die Konzepte sollten in allen Aus- und Weiterbildungsformen für Beamte und staatliche Angestellte verankert werden. Schulische und außerschulische Akteure in diesem Bereich sind zu stärken. Andere Herausforderungen liegen auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen. Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte strukturell in die Lehrerbildung aller Fachrichtungen aufgenommen werden. Es gilt, die Entwicklung von Schulprofilen zur Eine-Welt- oder Nachhaltigkeitsthematik zu fördern. Konkrete Projekte zu Klimabildung und Globalem Lernen sollten Bestandteil der Klimaschutzpläne und Nachhaltigkeitskonzepte der Kommunen, Länder und des Bundes sein.

Deutschland ist keine Insel. Die Millenniumsziele (MDG) zur Armutsbekämpfung gilt es weiterzuentwickeln sowie im Jahr 2015 durch die beim Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20 beschlossenen „Sustainable Development Goals“ (SDG) zu ergänzen. Schließlich gilt es, die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) in wirksamer Form fortzusetzen.

Stefan Rostock

Können wir den angesichts der Grenzen des Planeten noch gebrauchen?

Ganz offensichtlich ist Wachstum langfristig nicht die Lösung. Aber in der jetzigen Situation zu sagen: „Wachstum einfrieren“, heiße einerseits, Millionen junger Menschen ohne Perspektive zu lassen. Andererseits heiße es für die EU, sich aus der Weltgeschichte zu verabschieden. Deshalb brauchen wir ernsthafte politische Maßnahmen – allerdings nicht für irgendeinen Wachstumsschub. Es sollte schon einer sein, bei dem wir lernen, wie wir sinnvoll eine zukunftsfähige Gesellschaft umsetzen. Denn die Gefahr, dass blindes Wachstum die Risiken vergrößert, ist real.

Germanwatch-Vorstandsmitglied Carlo C. Jaeger ist Mitgründer und Leiter des Global Climate Forums (Berlin). Er hat eine Professur an der Universität Potsdam und an der Beijing Normal University (BNU) und war bis 2012 Forschungsfeldleiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

In seinem faktenreichen Essay „Wachstum – wohin? Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts“ (2011) zeigt der Ökonom und Soziologe, wie sich das Problem des globalen Klimawandels sinnvoll angehen lässt.

BUNDESTAGSWAHL 2013

WAHL X PRÜFER

Am 22. September 2013 wählen Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, eine neue Regierung. Der Wahlkampf plätschert jedoch unbeherzt und mutlos vor sich hin. Diskussionen auf Nebenschauplätzen lenken von den wesentlichen Fragen ab – als gäbe es keine richtungsweisenden Entscheidungen zu treffen.

Was steht eigentlich in den Wahlprogrammen der Parteien? Passt das dort Versprochene zum Handeln der letzten Monate und Jahre? Wer setzt sich wirklich für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft ein?

Wir wollten es genauer wissen und haben die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien bezüglich unserer politischen Forderungen angeschaut. Unsere kommentierten Bewertungen finden Sie hier:

www.wahlprüfer.de

Nutzen Sie die Gelegenheit, über den zukünftigen Weg Deutschlands mitzuentcheiden. Sie haben die Wahl!

Geld für Entwicklung

Das 0,7 %-Ziel nicht aus den Augen verlieren

Die Politik hat zwei grundlegende Möglichkeiten demokratisch gefasste Ziele umzusetzen: Gesetze und Geld. Doch ein Blick zurück zeigt: Die internationalen Geldzusagen für Entwicklung und Klimaschutz addieren sich zu einer Liste der gebrochenen Versprechen, was viel über politische Prioritäten aussagt. Vor diesem Hintergrund setzt sich Germanwatch dafür ein, dass Deutschland die notwendigen – zumindest die versprochenen – Mittel zur Bekämpfung der Armut, für ländliche Entwicklung sowie den Schutz des Klimas und des Regenwaldes sowie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereitstellt.

Das seit 1970 immer wieder (zuletzt im Koalitionsabkommen von 2009) versprochene Erreichen des Ziels, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden, ist in weite Ferne gerückt. Entwicklungsminister Dirk Niebel hat inzwischen – noch vor der Bundestagswahl – offen angekündigt, das 0,7 %-Ziel müsse hinterfragt werden. Er benutzt dabei das Scheinargument, Qualität sei wichtiger als Quantität – als bräuchte Entwicklungspolitik nicht beides.

Germanwatch setzt sich seit seiner Gründung für eine qualitativ hochwertige Umsetzung des 0,7 %-Ziels ein. Es ist ein Skandal, wenn gerade der Entwicklungsminister, welcher der wichtigste Fürsprecher für ein solches Ziel sein sollte, dieses nun in Frage stellt.

Die Akzentverschiebung in der deutschen Entwicklungspolitik der letzten Jahre von der „Armutsbekämpfung als überwältigendem Ziel“ zur Außenwirtschaftsförderung zeigt, dass es auch mit der Qualität Probleme gibt. Zudem widerspricht die Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen durch Entwicklungsgelder den gültigen Richtlinien für eine Anrechnung als Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit.

Ludger Reuke und Christoph Bals

►►► **Das 0,7 %-Ziel endlich umsetzen und die Erlöse der Finanztransaktionssteuer dafür nutzen.**

Termine

- Bundesweit, 14.09.13:** Klima-Aktionstag 2013 unter dem Motto „Energiewende ist Politikwende – Wähle deine Zukunft!“. Mit Aktionen in ganz Deutschland zeigen Organisationen und Engagierte, dass Klimaschutz und Energiewende uns alle angehen. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7228
- Bergheim, 25.09.13, 19.30 Uhr:** Vortrag „Klimawandel – ein Thema für Familien?“ von Alexander Reif. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/6008
- Gelsenkirchen, 10.10.13:** Workshop „Klimawandel, Ernährung und Ressourcen“, mit einem Vortrag von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7168
- Berlin, 14.10.13, 19:00 Uhr:** Filmvorführung „Blutige Handys“ sowie Diskussion mit dem Regisseur und Cornelia Heydenreich zu Rohstoffen im Handy. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7197

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Umweltschutz- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: : Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Christoph Bals, Gerold Kier. Stand: September 2013. Layout: Dietmar Putschner, Köln. Auflage 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Viele SpenderInnen haben diese Ausgabe erst ermöglicht – ihnen und den weiteren Förderern herzlichen Dank hierfür!

... und einen Riesendank an Sven, take CARE!

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Positionspapier: Entscheidungen für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft. Germanwatch zur Bundestagswahl 2013. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/6335
- Hintergrundpapier: Emissionsminderungen durch Hochgeschwindigkeitszüge. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/7155
- Studie: Schweine im Weltmarkt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6351
- DVD: Kurzfilme für die Große Transformation. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6301
- Flyer: Gut fürs Klima. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/6687
- Studie: Aus ODAstans nichts Neues: Es gilt das gebrochene Wort. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6870
- Briefing Paper: Short-Term Mitigation Ambition Pre-2020. Opportunities to Close the Emissions Gap. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/5762
- Briefing Paper: Using EU ETS Auctioning Revenues for Climate Action. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6855

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name, Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Lieferketten transparent machen: Das Beispiel IT-Industrie



Für viele VerbraucherInnen war die alarmierende Selbstmordserie von ArbeiterInnen eines Zulieferers von Apple ein Weckruf in Bezug auf die Bedingungen, unter denen IT-Hersteller ihre Geräte produzieren lassen. 2012 kritisierte Bundespräsident Gauck das Konsumverhalten der Deutschen: Statt sich für die neuesten Handys anzustellen, sollten sie lieber gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen protestieren. Doch so hilfreich der Druck der VerbraucherInnen ist – ohne politische Rahmensetzung stehen sie auf verlorenem Posten. Die Initiative der Europäischen Kommission für mehr soziale und ökologische Transparenz lehnt die deutsche Regierung jedoch vehement ab.

Achtung der Menschenrechte darlegen müssen. Zugleich sollen sie über mögliche menschenrechtliche Risiken und deren Handhabung im Unternehmen berichten. Der Vorschlag enthält aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften zwar zu viele Ausnah-

der Freiwilligkeit und befürchtet zudem einen Bürokratieanstieg und hohe Kosten für Unternehmen – ganz im Einklang mit den Bedenken der deutschen Arbeitgeberverbände. Dabei wäre eine Offenlegungspflicht, die auch die Lieferkette mit umfassen sollte, im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaft. Nachhaltigkeit lässt sich nur dann gewährleisten, wenn sowohl Unternehmen, als auch VerbraucherInnen und Beschaffungsstellen Einsicht in die Lieferkette eines Produkts bekommen.

▶▶▶ **Rechtlich verbindliche Offenlegungspflichten für Unternehmen bezüglich nicht-finanzieller Informationen schaffen.**

Die Kommission schlägt vor, dass große Unternehmen ihre Unternehmenspolitik zu Umwelt- und ArbeitnehmerInnenbelangen sowie zur

men für Unternehmen. Sie erwarten dennoch von der Bundesregierung, dass sie sich für den Vorschlag einsetzt. Die Bundesregierung setzt jedoch ausschließlich auf das Prinzip

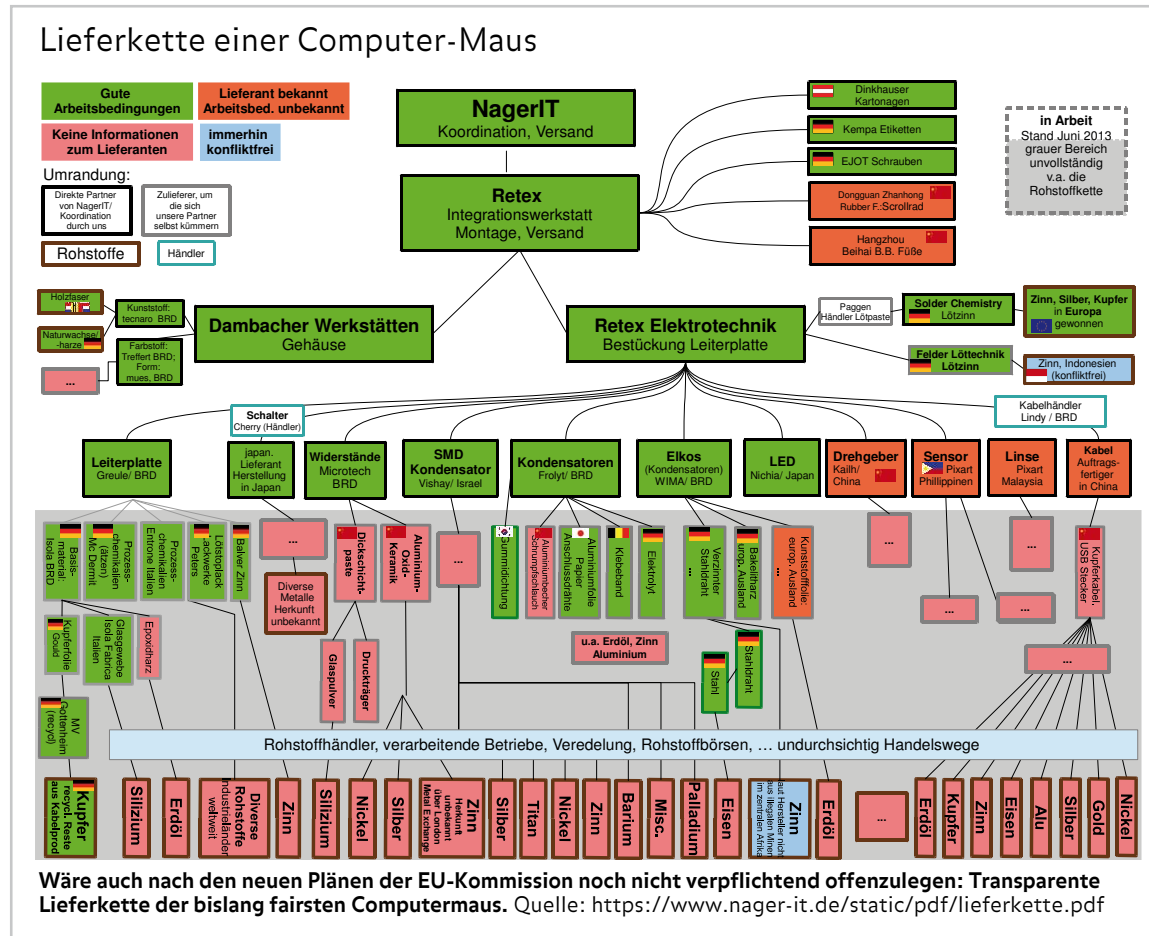
Lieferketten sind komplex, wie das Beispiel eines Handys zeigt: Die Bestandteile wie Metalle, Plastik oder Lötzinn werden über den Globus zu Vorproduzenten geschickt, die Leiterplatte, Akku und Gehäuse herstellen. Wie zahlreiche Studien des Projektes makeITfair (www.makeitfair.org) zeigen, lässt sich kaum überprüfen, unter welchen Bedingungen ein

Handy hergestellt wurde, solange Unternehmen nicht ihre komplexe Lieferkette offenlegen. Geschäftsgeheimnis, sagen viele der großen Unternehmen. Dass es auch anders geht, zeigt das kleine Unternehmen NagerIT, das die Produktions- und Lieferkette ihrer „fairsten Computermaus der Welt“ mit Name und Standort der Zulieferer auf der Webseite offengelegt hat (siehe Grafik). NachahmerInnen ausdrücklich erwünscht!

Johanna Kusch

Weitere Informationen:

- Apple Stories, ein Film von Rasmus Gerlach über die Arbeitsbedingungen in der Lieferkette von Apple: www.realfictionfilme.de/filme/apple-stories/
- Stellungnahme vom CoRA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung zu dem Vorschlag der EU-Kommission zu Offenlegungspflichten: www.germanwatch.org/de/6833



Wirtschaft und Menschenrechte: Deutschland verpasst den Anschluss

Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich: Während die Bundesregierung noch nicht einmal klären konnte, welches Ministerium die Federführung hat, entwickeln viele europäische Nachbarn bereits nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat diese im Juni 2011 einstimmig angenommen.

▶▶▶ **Durch einen ambitionierten nationalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte konsequent umsetzen.**

Mit den Leitprinzipien hat sich die Staatengemeinschaft auf einen ersten wichtigen Baustein hinsichtlich des Schutzes vor Menschenrechtsverstößen durch Privatunternehmen geeinigt. Ein Aktionsplan ist auch in Deutschland notwendig, um die menschenrechtlichen Regulierungslücken schrittweise zu schließen. Bislang können deutsche Unternehmen Umweltverschmutzungen, Vertreibungen und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen in ihren Lieferketten in Kauf nehmen, ohne dafür zu haften. Und der Staat kauft Produkte mit zweifelhafter Herkunft zum Teil sogar selbst ein.

Ein Blick ins Nachbarland: Was machen die Niederlande im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte?

	Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte	Beschwerdestelle (OECD-Leitsätze)	Klagemöglichkeiten
Niederlande	Haben Aktionsplan bereits erarbeitet, kommen damit der Aufforderung der EU-Kommission nach und haben eine breite Konsultation der Zivilgesellschaft durchgeführt	Beschwerdestelle für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen ist von der Regierung unabhängig	Mutter- und Tochterunternehmen können gemeinsam rechtlich belangt werden
Deutschland	Hält Aktionsplan derzeit nicht für notwendig, betrachtet Aufforderung der EU-Kommission als unverbindlich und plant gegenwärtig keine Konsultationen	Beschwerdestelle für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen ist im Bundeswirtschaftsministerium beim Referat für Auslandsinvestitionen angesiedelt	Keine Klagen gegen deutsche Konzerne für Menschenrechtsverletzungen ihrer Auslandsstöchter möglich

Die EU-Kommission forderte die europäischen Staaten bereits im Herbst 2011 auf, eigene Aktionspläne zu erstellen. Die Regierungen in Großbritannien und den Niederlanden haben unter der Beteiligung von Zivilgesellschaft und anderen Akteuren bereits einen Aktionsplan entwickelt. Die spanische und die dänische Regierung arbeiten derzeit an Aktionsplänen, nachdem ihre Parlamente sie dazu beauftragten.

Germanwatch hat gemeinsam mit 28 Organisationen seine Erwartungen an die Bundesregierung formuliert, wie diese einen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten ausgestalten sollte.

Sie finden das Positionspapier unter: www.germanwatch.org/de/6837

Julia Otten